

für Halle vierteljährlich bei postamtlicher Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., auswärts, Postzusatzgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen. Für unterlangt eingehende Wamtschreiben keine Gewähr übernommen. Sonderdruck nur mit Druckaufgabe: „Saale-Z.“ gestattet.

Rechnungs- und Abrechnung Nr. 1140; der Anzeigen - Abrechnung Nr. 1170; der Abonnementsabrechnung Nr. 1133.

Saale-Zeitung.

Funfundvierzigster Jahrgang.

werden die Gehaltene Kolonialstoffe oder deren Mann mit 30 Pf., welche aus Halle mit 20 Pf. berechnet und in unteren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Restanten die Seite 75 Pf. für Halle, auswärts 1 Pf.

Ersteinst täglich primaal. Sonntags und Feiertags staatl.

Redaktion und Haupt-Verlag: Halle, Str. Bauhausstraße 17; Weberei-Gesellschaft - Markt 24.

Nr. 545.

Halle a. S., Sonntag, den 19. November.

1911.

Bestellungen auf die „Saale-Zeitung“ werden unangesehen von allen Postanstalten und unseren Expeditionen angenommen. Der Verlag.

Wenn der Kaiser sich erkältet.

—er. Berlin.

Zu der leichten Erkrankung des Kaisers machte ein Herr, den persönliche Beziehungen mit der nächsten Umgebung der kaiserlichen Familie verbinden, einem unserer Mitarbeiter in einem Gelehrte interessante Mitteilungen. Unser Mitarbeiter schreibt:

Der Kaiser hat den Schnupfen... Es gibt Leute, die überlegen lächeln, wenn sich andere Leute mit der Tatsache, daß der Kaiser sich erkältet hat, etwas eingehender beschäftigen. Der gewöhnliche Kormwurf lautet dann gemüßigt: „Bygones ist Bygones“, was für den Kaiser über sein Befinden, über die Reisererfahrungen und Programmänderungen Auskunft geben, von Interesse bekümmert, die durchaus nicht im Verdachte des Bygones sind, vor allem von — Bygones. Denn das geringste Unwohlsein des Kaisers kann den Kurien gefährlicher werden als etwa das Gerücht, daß ein Direktor der Deutschen Bank Kolonialstaatssekretär werden soll. Es handelt sich bei den Anfragen im Hofmarschallamt und in der log. Presseabteilung des kaiserlichen Amtes um. Hierfür ist nicht ein bloße Neugier, um eine Art Sport, zu wissen, was alles bei Hofe vorgeht, sondern um sehr reale und brennende Interessen politischer und wirtschaftlicher Natur. Wenn Wilhelm II. wegen eines Palastarztes das Zimmer hüten muß und die Reise nach Süddeutschland deswegen auf Sonntag abend verschoben wird, so vertritt sich hinter diese einfachen Meldungen eine Unmenge von Arbeit und Aufregung am Hofe und in den „Kabinetten“. An den geheimnisvollen Telephonanschlüssen, die abhörsich im Fernsprechergehäuse nicht angehängt sind, steht die Kimmel nicht still, und eine schwierige Aufgabe der vielgescholtenen Offiziere besteht darin, alle diese, falsche Aufstellungen und heuristischen Gerüchte sofort im Keim zu ersticken. Der Grundzug bei der Auskunftserteilung ist aber keineswegs der, zu verschweigen und zu vertuschen, sondern möglichst genaue, wahre und rückhaltlos Aufklärung zu geben, sobald die richtige Uebermittlung an die Öffentlichkeit in der Person des Anfragenden gewährleistet erscheint. Eine ängstliche Zurückhaltung oder unrichtige Auskunft würde sich bitter rächen und ein nicht wieder gut zu machendes Mißtrauen hervorrufen, das dann

wilde Gerüchte, die tollsten Kombinationen und eine dauernde Beunruhigung im Gefolge hätte.

Daß wegen einer einfachen Erkältung das Reiseprogramm geändert wurde, hat seinen Grund darin, daß der Kaiser König und Kaiser und nicht ein gewöhnlicher Sterblicher ist. Der Kaiser darf sich nicht jeder Gefahr aussetzen, die andere Leute leichtes Sinnes auf sich nehmen. Das öffentliche Interesse hat dabei einen starken Verbündeten in der Kaiserin, die sich allem widersetzt, was für ihren Gatten eine Gefährdung in sich birgt; sie vertritt oft sehr energig den Standpunkt, daß ihr Gatte nicht nur Kaiser, sondern auch Familienvater ist, daß aber die Tätigkeit im Dienste des Staates hinter der Pflicht gegenüber Frau und Familie dann zurücktreten muß, wenn ein dringendes Bedürfnis, ein außerordentliches Staatsinteresse nicht vorliegt. Dem Widerpruch der Kaiserin ist es zu danken, daß Wilhelm II. noch nicht des interessantesten Ergebnisses teilhaftig wurde, dessen sich jetzt auch der Reichskanzler und der Berliner Polizeipräsident rühmen können: Ein er Fahrt im Lenkballon. Auch die Fahrt im Unterseeboot scheiterte diesen Sommer in Kiel am Widerpruch der Kaiserin.

Weber kann die Kaiserin, so sehr mein Gemütsmann fort, eines immer noch nicht verhindern, das jetzt auch zur Erkältung des Kaisers geführt hat, nämlich die rafen den Fahrten im Auto. Die derzeitige Erkrankung des Kaisers hat ihren Grund darin, daß er nach meistköstlichem Ritt ohne Mantel bei der Döberitzer Jagd im offenen Automobil ins Schloß fuhr. Dem Kaiser bereitet es bei solchen Gelegenheiten, auch im tiefsten Winter, bei Schnee und Eis, ein unheimliches Vergnügen, wenn seine Chauffeure möglichst schnell fahren, und alle Einwände wohlwollender Ratgeber müssen dann verstummen. Das ist besonders bedauerlich deshalb, weil der Kaiser tatsächlich zu Erkältungen neigt. Es handelt sich bei ihm um eine Empfindlichkeit der Schleimhaut der Atmungsorgane, unter der auch der Kronprinz hier und da zu leiden hat. Diese Schwäche ist bei unserer Stadtbevölkerung sehr verbreitet und scheint in Familien erblich zu sein. Beim Kaiser, der eben auch ein Berliner Kind und Großvater ist, hat sich die Empfindlichkeit der Nasen- und Rachen Schleimhaut durch den häufigen Aufenthalt in Waldluft und durch die ausgedehnten Seereisen bedeutend gemildert. Der Kaiser hat zeitweilig mit großer Energie gegen körperliche Schwächen und Unvollkommenheiten, die ja bei jedem, auch dem gefündesten Menschen sich mandmal einstellen, angeknüpft; er ist ein tüchtiger Fußgänger und Bergsteiger, und stundenlange Fußtouren auf schwierigen Pfaden zieht er bequemen Wagensfahrten vor. Er ist konstitutionell durchaus gesund, lebensstark und lebensfreudig. Er ist loszulagen von besser Rasse und jäh, wie nur ein langjähriger Soldat sein kann. Das Reich kann mit der Hohenzollernndynastie als „Bundespräsident“ auch in körperlicher Beziehung zufrieden sein.

England während der Marokko-Krise.

Kriegsphantasien?

Die Panse bis zum nächsten Donnerstag, da Edward Grey dem Unterhaus eine umfassende Darlegung über die politischen Vorgänge dieses Sommers geben will, wird von dem Gegnern des liberalen Kabinetts eifrig dazu benutzt, um die öffentliche Meinung des Königreichs kräftig gegen die Regierung einzunehmen. Dieser Stimmungsmache dient anfangs auch die Rede eines konservativen Parlamentariers, über die dem „Tag“ im nachstehenden berichtet wird.

London, 18. Nov. Eine Rede, die sowohl in England als auch in Deutschland bemerkt zu werden verdient, hielt gestern der konservative Parlamentarier Kapitän W. B. Faber gelegentlich eines offiziellen Treffens in Unbover. Mit schonungsloser Hand rief der Redner den Vorhang von den Ereignissen, die sich im Sommer aus der internationalen Bühne und insbesondere hinter deren Kulissen abspielten, und schaute sich nicht, klipp und klar zu sagen, daß England einen Ueberfall auf Deutschland plante, um dem verbündeten Frankreich zu helfen. Wenn es nicht dazu kam, so ist das hauptsächlich der Unbereitschaft der englischen Flotte und der Arme zu danken — immer vorausgesetzt, daß Kapitän Faber recht hat. Möglich ist ja, daß die Rede nur der Parteipolitik dienen soll, wofür allerlei Gründe angeführt werden könnten, die indessen diese Bloßstellung des britischen Kabinetts kaum zu rechtfertigen imstande wären. Kapitän Fabers Ruf birgt auf jeden Fall dafür, daß er von seinen Behauptungen überzeugt ist. Auch scheint der Ueberreifer gewisser Art, jetzt ein freundschaftliches Verhältnis mit Deutschland anzustreben, nur zu geeignet, Kapitän Fabers Aussagen gegen die britische Marine und Arme zu kräftigen. Insbesondere ist die Rede geeignet, ein interessantes Licht auf Lloyd Georges bekannte Rede und auf die Ursache der Berufung Winston Churchills zum Marineminister zu werfen. Zur Zeit der schweren Krise — sagte er — welche die Marokko-Unterhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich begleitete, war das liberale Kabinet geteilt in seiner Ansicht, ob England es mit Frankreich halten sollte oder nicht. Er kenne die Namen der Kabinettsmitglieder, die für Frankreich und die Namen derer, die nicht für Frankreich waren, aber er werde nur das Gute sagen und das Böse verschweigen.

Lloyd George und Winston Churchill

stellten sich ehrlich auf die Seite Frankreichs. Diese beiden Männer waren dafür, daß England, seinem Vertrage gemäß, Frankreich unterstützen müsse.

Feuilleton.

Ghadames.

Die geheimnisvolle Sahara-Stadt.

(Nachdruck verboten.)

„Tombouctou la mystérieuse“ — so nennen die Franzosen Timbuktu, die große Karawanenstadt der Sahara, diese Stadt, die in Wirklichkeit längst jeden geheimnisvollen Reiz eingebüßt hat. Seit sich das französische Kolonialreich über die ganze westliche Sahara ausgedehret hat, ist die einstmals geheimnisvolle Stadt am Ufer des Niger das Ziel vieler Reisenden geworden, wie auch alle anderen Oasenstädte der Wüste mehr und mehr dem Verfall erlitten worden sind. Ist doch auch Biskra längst vielen Europäern als Winterfluchtort bekannt, und Biskra wieder zentralisiert mit Tiguia, nur eine einzige Sahara-Stadt hat sich ihre Unberührtheit bewahrt. Sie ist es, die nach den Stempel des Mythenreichs trägt, den Timbuktu für immer verloren hat. Das ist Ghadames, die Hauptstadt des westlichen Tripolis, ein Knotenpunkt der meisten Karawanenstraßen, die aus dem Sudan, dem östlichen Nigerland, vom Nubien und Kongu zum Mittelmeer führen.

Vor einem halben Jahrhundert war Ghadames weit mehr genannt als heute. Rads, Richardon, Diverrier haben sich in Ghadames aufgehalten, die Reize der Stadt, ihre strategische und Handelsbedeutung geschätzt. Denn die Bewohner von Ghadames, etwa 7000 Berber, die stark mit Negern und Arabern vermischt sind, trieben damals lebhaften Handel nach Tripolis, der Hauptstadt, nach Ghat, Kano, Timbuktu und Tunt. Eisenblech, Straußenfedern, Gummi und Zelle führten sie aus, und vom Norden importierten sie dafür Baumwolle und Seidenstoffe, Metalle, Waffen, Eisenwaren und Glaswaren. Sie jedoch die Franzosen nach Tunis kamen und Tripolis so zur Provinz wurde, da verschlossen die tüchtigen Berber die Tore von Ghadames vor den europäischen Neugierigen. Weraig Jahre lang hieß der Reisende „Corbilles“ anders, unter ihnen auch einige französische Missionare. So hat Ghadames sich bis auf den heutigen Tag seine Unberührtheit von der abendländischen Kultur und den Charakter der weitabgelehnten Sahara-Stadt bewahrt. Um so inter-

essanter liest sich die Schilderung von Ghadames, die Léon Perriquière, der erste Reisende, dem es seit Jahrzehnten gelungen ist, in die Stadt zu gelangen, in „La Géographie“ veröffentlicht. Mit einem Reisekaren, der von einem arabischen Pferde gezogen war, erreichte Perriquière die Stadt. Er kam in öffentlichem Auftrag, als Abgeandter der Kommission, die mit der Festlegung der Grenze zwischen Tunis und Tripolis beauftragt war. So hatte der Reisende nichts zu fürchten und brauchte keine Vorsichtsmaßregeln. Um so reizvoller hat sich ihm Gelegenheit zu Beobachtungen, nachdem er in 18jähriger Reize von Paris nach Ghadames gelangt war.

Seinen ersten Eindruck beim Betreten der Stadt schildert Perriquière folgendermaßen: „Die erste Straße, die ich bestieg, liegt unter freiem Himmel — ausnahmsweise. Denn die meisten Straßen von Ghadames sind überdacht, und nicht nur mit Brettern und Bogen, wie in Biskra und Tunis, sondern überdacht von den Säulen, die sich über den Straßen zusammenschließen. Viele von ihnen sind völlig dunkel. Nur die Hauptverkehrsader weist in großen Abständen vereinzelte Luft- und Lichtspalten auf. Ghadames erinnert an eine Festungsstadt oder noch eher an die Katakomben. Man glaubt in den Galerien eines Bergwerks zu spazieren. Denn die winzigen Straßen sind sehr eng und schwer zu passieren. Selbst die Hauptstraße ist stellenweise nur 7 Fuß breit. Die Ueberdachung ist meist flach. Hier und da erweitert sich die Straße zu einem unterirdischen Platz, auf dem die Einwohner die heißen Tagesstunden, auf Steinbänken liegend, verleben. Am Ausgang zahlreicher Straßen erblickt sich ein majestätisches Tor, das sie gegen die anstehenden Gassen abschließt. Denn die Stadt ist in zahlreiche Reviere geteilt, deren Bewohner sich jahrelang feindselig gegenüber standen. Und ein eigentümlicher Ueberrest aus vergangenen Zeiten ist der Krauch unter den Bürgern von Ghadames, nie ein anderes Revier zu betreten als ihr eigenes.“ Perriquière hatte das Glück, einige Häuser von Eingeborenen besuchen zu können. Er gibt von dem nordafrikanischen Familienhaus nachfolgende Schilderung: „Gewöhnlich führt eine niedrige Tür in einen langen, völlig dunklen Korridor, der auf eine Treppe mündet. Ueber diese gelangt man in das Haupt-, Empfangs-, Schlaf- und Esszimmer des Hauses. An den Wänden hängen einige Sandteppiche, mitunter auch Kupfersteller, Waffen und Kleider. Vor der Ecke eines mehr oder weniger durch Teppiche verdeckten Sofas befindet sich das Bett des Hausherrn, eine Art Katafalch aus rottem und grünem Holz, oder auch nur eine Matratze auf einer Matte. Nur dieses Zimmer ist durch eine Öffnung in der Decke erleuchtet. Eine oder zwei Terrassen

im Inneren der Wohnung führen zu den Zimmern des zweiten Stockwerks und auf die Terrassen, wo die Frauen sich bewegen, und wo die Männer keinen Zutritt haben.“ Von den Bürgern der Stadt Ghadames hat der französische Besucher nur eine geringe Meinung gewonnen. Außerordentlich imponiert haben ihm dagegen die Tuaregs, jene Wüstenräuber, deren herrliches Auftreten äußerst charakteristisch ist, und die man beinahe aristokratische Banditen nennen könnte. Er fand sie vor der Stadt kampieren und entwirft von ihnen folgende Schilderung: „Schon äußerlich stehen die Tuaregs über den Bürgern von Ghadames. Es sind schöne Männer, kurz schneit, mit geschmeidigen Gliedern, schönen Gesichtern und schwarzen braunen oder blauen Augen. Sie gehören augenscheinlich der weißen Rasse an, mit etwas Negerblut vermischt. Sie tragen lange, bis zu den Knöcheln reichende Beinkleider aus blauem oder weißem Baumwollstoff und eine Art Hemd oder Wulst von gleicher Farbe. Der Kopf ist mit einem Stück tiefschwarzen Rattens derau verhäkelt, daß nur die Augen sichtbar sind. An den Hüften tragen sie des steinigen Bodens halber starke Sandalen aus Büffel- oder Rameinhaut. Besonders schöne Typen sieht man unter den Frauen der Tuaregs. Sie haben ovale Gesichter, gerade und schöne Nasen, schmale Lippen und matte, etwas gelbliche Haut; viele können allerdings in ihrem Wankern das Negerblut nicht verleugnen. Sie tragen ein Hemd und ein Stück weichen, roten, blauen oder gestreiften Stoffes, den sie geradezu mit Eleganz um ihren Körper wickeln. Das Haar tragen sie geflochten, und der Kopf ist bedeckt mit einem Stück farbigen Stoffes, der das Rattium harmonisch betrocknet.“

Die Tuaregs sind die wahren Herren von Ghadames. Niemand darf es sich ihnen zu widersetzen. Was sie brauchen, holen sie sich aus den Häusern, und jedermann geht ihnen aus dem Wege, wenn sie vorüberziehen.“ Aber so viel des Interessanten Ghadames auch bietet, es ist doch, verflümmert Perriquière, eine Totenstadt. Sein Handel ist verschwunden. Von keinem früheren Marktverkehr, dem Golde, dem Eisenblech und den Straußenfedern ist wenig übrig geblieben. Es gibt kaum fünfzehn reiche Familien in Ghadames, und die übrigen kämpfen ständig mit dem Hungertode, berichtet der französische Reisende. In den Häusern der Stadt gab es buchstäblich nichts zu kaufen. Selbst die Palmen, deren es in der Oase einmal mehr als 60 000 gab, gehen dem, deren gedörrt von der unarmbrügeligen Sonne und dem ständigen Wüstenhaube preisgegeben. Ueber die Zukunft der Stadt gibt sich der Schilderter keinen Aufschluß hin. Sie geht, davon ist Perriquière überzeugt, ihrem völligen Verfall entgegen.

Diese Reue würden nicht gerne hören, was es über die Arme und Marine zu sagen habe, auf Grund der besten Autorität könne er jedoch mitteilen, was in jener schweren Zeit tatsächlich geschehen sei: im kritischen Augenblicke zeigte es sich, daß die Flotte in drei Teilen aufgebunden war, von denen einer fähig nach England, der andere in der Nähe von Irland, und der dritte im Norden von Schottland weilte. Die deutsche Flotte hatte man ganz aus den Augen verloren, niemand wußte, wo sie war. Die größte Gefahr lag darin, daß das Kabinett nicht wußte, was vor sich ging, und daß die deutsche Flotte die drei Teile unserer Flotte überfallen und sie einzeln schlagen konnte, aber es waren noch andere Gefahren vorhanden, mag man sie auch morgen verzeuern. Der Admiral eines Teiles der Flotte wußte, daß vor ihm der Ausbruch eines Krieges stand. Er schickte einen Offizier zu dem Kommandanten der Forts, die den Hafen schützten, in dem sich seine Flotte aufhielt, und ließ anfragen, ob die Flotte unter dem Schutze der Festungsbatterien sicher sei. Die Antwort lautete, daß von einer Sicherheit keine Rede sein könne, denn wenn die Geschütze der Forts feuerten, würden ihre Geschütze auf die britische Flotte fallen, die dort verankert lag. Kapitän Haber versicherte, er habe das von der höchsten Autorität gehört, die keinen Zweifel zulasse. Das seien nur einige der Gefahren gewesen, denen England unlängst ausgesetzt war, und das Kabinett fenne sie natürlich noch viel besser als er. Das Kabinett sei weise genug gewesen, in den Tagen der nationalen Gefahr das Beste seiner Mitglieder an die Spitze der Admiralität zu stellen. Die gegenwärtige Regierung sei zwar radikal und habe andere politische Ansichten als er selbst, aber er müsse zugeben, sie habe den besten Mann, der vorhanden war, an den rechten Platz gestellt, und dieser Mann sei Winston Churchill. (Beifall und Gelächter.) Seinen Zuhörern möge das vielleicht komisch vorkommen, aber es sei die Wahrheit. Sobald Winston Churchill sein neues Amt angetreten hatte, telegraphierte er Sir John Fisher, der in der Schweiz weilte, er möge doch sofort heimkommen, und dann setzte er sich mit Lord Charles Bessford, einem konservativen Mitglied des Parlamentes, in Verbindung. Das wäre ungewöhnlich ein außerordentlich weises Vorgehen. Dann habe Mr. Churchill einen

Kriegsrat für die Admiralität gebildet, der in der Zukunft dafür sorgen soll, daß nicht wieder solche Fehler vorkommen, nicht wieder Mangel an Kohlen herrscht, und daß Festungsgeschütze in Zukunft aufgestellt werden, daß sie nicht schlagende britische Schiffe bedrohen. Niemand sei persönlich für diese Fehler verantwortlich zu halten, die dem System zugerechnet wären. Mr. Churchill sei klug genug, einzufehen, daß da viel zu ändern sei, und er (der Redner) glaube, daß Mr. Churchill der Mann dazu sei. Auf Grund besser Information könne er ferner erklären, daß die Armee besser vorbereitet war als die Flotte. Man trug sich während der jüngsten Krisis mit der Idee, sechs Divisionen der regulären Armees aus dem Kontingent zu landen, um dem verübundenen Frankreich zu helfen, aber wären diese sechs Divisionen entsandt worden, so wären keine regulären Truppen mehr im Lande geblieben, um seine Küsten zu beschützen, und die Verteidigung hätte fast gänzlich der Flotte überlassen bleiben müssen. — So weit Kapitän Haber!

Selbstverständlich wird sich die englische Presse ausführlich mit dieser Rede zu beschäftigen haben; man darf darauf gespannt sein.

Deutscher Reichstag.

209. Sitzung. Sonnabend, den 18. November.
Am Tische des Bundesrats: v. Breitenbach, Dr. Peters.
Präsident Graf Schönerling eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.
Zunächst werden die zur Frage der kleinen Kaukasus-Aktion beim Reichstag eingegangenen Petitionen, die inzwischen bereits von der Petitionskommission beraten und von dieser zur Berücksichtigung empfohlen sind, der Budgetkommission überwiesen, die die Regierungsvorlage zu beraten hat.

Die zweite Lesung des Schiffsabgaben-Gesetzes.

(Zweiter Tag.)

§ 8 ist der wichtigste Paragraph des Gesetzes. Er enthält die einseitigen Tarife, die in Zukunft auf den Verbands-Grundlagen erhoben werden dürfen, und damit die wirtschaftliche Grundlage des ganzen Unternehmens. Die Besenden und Meinungsverschiedenheiten waren in der Kommission für den nicht weniger als die zwanzig Aträge gestellt wurden, die eine überaus schwierige und komplizierte Abklärung nötig machten. Die Hauptbesenken erstreckten sich nach hinflacher Richtung: auf die willkürliche Erhöhung der Einheitsätze, die willkürliche Verringerung der Einheiten der Güter in die verschiedenen Klassen, die verschiebenerartige Festsetzung der Tarife für die verschiedenen Ströme, die Ausnahmetarife und die Abgabenfreiheit. Diesen Bedenken wird durch die Kommissionsbeschlüsse in der Hauptliche Rechnung entgegen. U. a. ist die Bestimmung aufgenommen, daß eine Erhöhung der für die fünf Klassen festgesetzten tonnenmetrischen Einheitsätze auf das Doppelte oder mehr nur durch Reichsgesetz erfolgen kann. Zur Vermeidung von Gütern in eine höhere Klasse ist eine Zweidrittel-Mehrheit nicht nur der Verwaltungsausfläche, sondern auch der Strombetriebe erforderlich, wodurch die Mitwirkung der Interessenten gesichert wird. Kohlen und Erze sollen stets in die niedrigste Tarifklasse gehören. Weiter hat die Kommission Besondere Freiheit beschlossen für Güter auf den Rhein und Nebenflüssen von 200 Tonnen, auf der Weser und Elbe von 150 Tonnen und auf den übrigen Verbandsflüssen von 100 Tonnen. Güter in Schiffen mit eigener Triebkraft sind abgabefrei bis zu einer Tragfähigkeit von 50 Tonnen. Tragfähigkeit sind der Besenkererwerb und das Reisegeld sowie die Frachter. Zur 2. Lesung im Plenum haben die Sozialdemokraten zwei Aträge gestellt. Danach sollen Kohlen, Nahrungsmittel und Futtermittel stets in die niedrigste Tarifklasse gehören. Die Abgabefreiheit soll sich auf Rhein und kanalisirten Main bis zu 600 Tonnen Tragfähigkeit erstrecken, im übrigen bis zu 800 Tonnen.

Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.): Die Flüßerei auf den kanalisirten Strecken des Main wird eine erhebliche Schädigung erleiden durch die Staumwerke usw., darum wird von den Interessenten dringend gewünscht, daß auf dem Main ein regulärer Schleppdienst eingerichtet wird, und zwar mit Schleppgehirnen, die grundständig nicht höher sein dürfen als der Flößsohn. Der Redner fragt, ob von den interessierten Staaten das Erforderliche in die Wege geleitet ist. Dr. Pfeiffer kommt sodann in überaus erregter Weise auf die geistige Auseinandersetzung mit dem Abg. Schmidt über

die Wahl in Konstanz

zurück. Es handelt sich um die Bemerkung in der Konstanzer Zeitung, daß die Erhebung von Schiffsabgaben die Lebensmittelpreise in Konstanz um 17,50 Mk. verteuern würde. Abg. Hausmann hat gemeint, ein Kommando sei in der Flößerei nicht der Kommando ist, sondern ganz jeman's errichtet. (Große Unruhe links; lärmender Beifall im Zentrum.) Es geht dazu eine granitine Stirn, hinter als die Steinplatten ihrer Feimat (zum Abg. Schmidt; große Unruhe) — oder vollständige Antennität. Wir werden über den Wahlkampf noch sprechen. Der Redner greift weiter den Abg. Schmidt und die Nationalliberalen an und bemerkt auf die Glöde des Präsidenten: „Herr Präsident, ich bin mitten im Thema.“ (Seiterteil und Unruhe.) Die Linke verläßt verzeßlich, den Redner zum Schweigen zu bringen. Das Zentrum schreit und laßt die Zuschnur nieder. Aus dem Lärm und Toben hört man den Dr. Pfeiffer die Worte rufen: „Das ist eine aus Vöschitz zusammengesetzte Elefantialis des Schwindels.“

Abg. Dr. Hausmann (Wp.): Aus der Rede des Dr. Pfeiffer sprach der schlagendste Anhalt über die Nachkriegserlage seiner Partei in Konstanz. (Sehr richtig links; Lärm im Zentrum.) Die Rede war keineswegs geeignet, einem neuen Mitgliede des Hauses ein Muster parlamentarischer Redeweise zu geben. Ich will jedoch kein, denn es handelt sich um den wichtigsten Paragraphen des Gesetzes: Die Höhe der Tarife und die Inzinsen, die sie ändern können — die wirtschaftliche Grundlage. Die Kommission hat eine glückliche Verringerung getroffen: die Reichsgesetzgebung behält den Schlüssel zur Tarifserhöhung in der Hand. Der bayerische Bundesratsvollmächtigte hat gelern den § 8 dahin interpretiert, daß der Reichstag eine Erhöhung der Tarife nur dann vornehmen dürfe, wenn die Strombetriebe vorher einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt hätten, daß also die Reichsgesetzgebung abhängig sei von einem vorhergehenden Antrag der betreffenden Inzinsen. Wir sind nicht dieser Auffassung. Der Reichstag muß das Gesetzgebungsfrei frei in der Hand haben. Der Reichstag muß das Recht behalten, selbständig, wenn es ihm richtig erscheint, eine Erhöhung der Tarife einzutreten zu lassen, und das Scheitern wird in der Verantwortung liegen. Ministerialdirektor Dr. Peters: Die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Abg. Hausmann und dem bayerischen Bundesratsvollmächtigen ist für sich genommen, wenn auch die Reichsgesetzgebung mit voller Souveränität alle Schwierigkeiten beseitigen kann. Selbst wenn man annehmen wollte, daß die Strombetriebe gegen eine Erhöhung auf dem Wege des Reichsgesetzes wären, würden Reichstag und Bundesrat immer in der Lage sein, das ganze Gesetz zu ändern. In der Praxis wird so zu verfahren werden, daß nie ein Beschluß gefaßt werden wird, ohne daß ein Votum der Strombetriebe vorliegt.

Bayerischer Bundesratsvollmächtiger v. Graßmann erwidert auf die Anfrage des Dr. Pfeiffer. Es wird abgemariet werden müssen, wie sich die Flüßerei auf dem kanalisirten Main entwickelt, ob sie überhaupt in dem bisherigen Umfange fortgesetzt wird. Die bayerische Regierung hat in Wiesbadenburg Einrichtungen geschaffen, die den Interessen der Flüßerei in weitestem Umfange Rechnung tragen. Außerdem ist die an der Mainflößerei beteiligten Regierungen bereit, an der Mainflößerei mit so nötig ist, Verbesserungen im Interesse der Flüßerei zu leisten.

Abg. Dr. David (Soz.): Der Abg. Pfeiffer hat die Gelegenheit beim Schopf genommen, nochmals auf die Konstanzer Wahl einzugehen. Das ist das dritte Mal, daß vom Zentrum diese Sache in die sachliche Beratung gezogen worden ist. (Lärm vom Zentrum: Kommt noch öfter!) Das beweist, wie groß der Zentrumsführer

ist. Nach den bayerischen Wahlen wird er noch größer sein. (Lärm im Zentrum: Amen!) Die Wahlergebnisse des Zentrums in der Agitation werden wie bei einer späteren Gelegenheit aufzählen. (Lärm im Zentrum.) Heute nur eine Illustration dafür: Der Abg. Pfeiffer hat während seiner Rede erklärt: „Ich bin mitten im Thema!“ (Große Seiterteil.) Das ganze Haus, auch die eigenen Fraktionskollegen des Dr. Pfeiffer werden den Begriffs „Thema“ nicht loslassen, daß Dr. Pfeiffer recht hat. (Seiterteil.) Der Redner begründet die Anfrage seiner Partei. Wir wollen verhindern, daß die Abgaben auf die Konsumtionen abgemindert werden. Wissen Sie denn, wie lange die Abgaben so gering bleiben? Wer kann dafür garantieren, daß die einflussreichen Agrarier die Abgaben nicht zu gestalten, daß die Kleinbauern ja nicht billigeres Futtermittel erhalten können. Zeigen Sie durch Annahme unseres Antrags, daß Sie keine agrarischen Absichten haben und den Kleinbauern helfen wollen.

Abg. Dr. Deier (Wp.) begründet einen von seinen Parteigenossen gestellten Antrag, daß bei der erstmaligen Verteilung der Güter auf die einzelnen Tarifklassen die Güterunterscheidung der Eisenbahnfrachttarife zum Maßstab genommen ist. Insbesondere sollen die Güter des Hochtarifs des Spezialtarifs d. h. wie der unter diesen herabgehenden Ausnahmetarife in die niedrigste Tarifklasse aufgenommen werden. Unbestimmte festlegen wollen wir die zukünftigen Inzinsen auf die Einteilung in Eisenbahntarif nicht. Aber es scheint, als ob man die Erze in die niedrigste, dagegen das Getreide in die höchste Tarifklasse hineintragen will. Dagegen müssen wir protestieren. Futtermittel müssen auf jeden Fall in die niedrigste Klasse aufgenommen werden, schon weil die Binnenfähigkeit sonst gegenüber der Eisenbahn nicht konkurrenzfähig bleibt. Wir verlangen aber das gleiche auch für das Brotgetreide. Der Redner stellt einen entsprechenden Antrag. Die patentierten Mittelwasserbetreiber haben uns in der Kommission im Kampf für den Mittelstand völlig im Stich gelassen. Die Kleinflößerei sollte man im weitesten Maße freilassen. Die Sozialdemokraten treulich wollen bis zu 600 T. gehen; diejenen kapitalistischen Schwanz wollen wir abbinden. Es sollen die Schiffsabgabenfrei bleiben, wo der Eigentümer auf den Schiffen selbst mit tätig ist.

Abg. Hausmann-Pannocor (Ztr.): Ausgesprochen sind Schiffsabgabenfrei bei der Flößerei, mit einem kleinen Schömer über die Konstanzer Wahl Ausdruck zu geben. Der Redner weiß die Angriffe nicht. Er begründet sodann einen Antrag, ein bezug auf die Abgabefreiheit der Weser und der Elbe und Elbe gleichstellen will, d. h. die Grenze der Tragfähigkeit von 100 auf 150 T. heraufsetzt.

Ministerialdirektor Dr. Peters: Die verbündeten Regierungen können dem Antrag Hausmann zu, lehnen aber alle anderen Aträge ab. Die Bestimmungen über die Abgabefreiheit zu ändern, geht nicht an, weil man das in den Schiffen investierte Kapital auch nicht amidiert abbinden kann.

Abg. Günther (Wp.) spricht zu dem Antrag der Freiwirtschaftler, Ärg und Koble aus Brotgetreide und Futtermittel in die niedrigste Tarifklasse zu setzen. Sondern kann seinen Getreidebedarf nur für 80 Tage im Jahre aus Eigenem decken, das ist es also von höchster Bedeutung für die Nahrungsmittelversorgung; und dem kleinen Landwirt in Cashen muß durch billige Futtermittel ermöglicht werden, seine Viehpflanzungslosien betriebsfähig zu erhalten.

Abg. Gothein (Rp.): Wenn Sie den freiwirtschaftlichen Antrag nicht annehmen, so liefern Sie die erstmalige Festsetzung der Tarife der Bureaukratie aus und vertreiben die Theorie der beschränkten Untertanenverfassung. Wir behaupten, daß in dieser Tarifklasseneinteilung, diesem Simmelamellurium (Seiterteil), überhaupt ein Punkt von Verstand steckt, der nicht einer sehr klugen Mann sein. Die Interessenten werden gar nicht gefragt, was sie in der Debatte machen. Unter Anrufung des § 23 b der Reichsverfassung. Der letzte Anruf bedeutet absolute Willkür. Herr Pfeiffer hat den Kollegen Schmidt zu Unrecht angegriffen. Er hat diese Attacke mit großer Kraft in (Seiterteil.) Aber die Politik, die er vertritt, preßt auf dem letzten Loche. (Seiterteil Beifall links.)

Abg. Dr. David (Soz.): Man will gerade wieder den kleinen Schiffen schreckliches Unrecht tun. Wir warnen Sie davor! Die Ausprüche schließt.

Abg. Schmidt-Konstanz (nl.) persönlich: Dr. Pfeiffer hat die Lebenswidrigkeit gehabt, meinen Namen nochmals in die Debatte zu ziehen. Er hat gesagt, daß zu meiner geistigen Bemerkung eine granitine Stirn gehöre, so hart wie der Granit des Hohentwiel. Wenn er in den künftigen Wahlkampf gehen wird, so wird er finden, daß der Hohentwiel überhaupt keinen Granit hat. (Seiterteil.) Er war mir vor, daß ich wohl von den Vorgängen im Wahlkampf in Konstanz nichts wüßte. Dafür präde aus der Umstanz, daß ich mich nicht auf dem Sturmwort äußere hätte, ich sei bereit gewesen, auch Zentrumsmenschen zu befragen, was sie zu machen, wenn man mit das nur abgelehnt hätte. Ich habe gesagt, nachdem diese verwerfliche Unternehmung bekannt wurde, an die liberalen Kreislänge die Mittelklassen gelangen lassen, daß dieser Vorwurf von A bis Z erfinden ist. Es wiederhole das auch an dieser Stelle. Es ist kein wahres Wort daran. (Beifall links.)

§ 8 wird mit dem Antrage Hausmann (nl.), der die Aträge bezüglich der Abgabefreiheit der Weser und Elbe gleich stellt, angenommen. Alle anderen Abänderungsanträge werden abgelehnt.

§ 10 wird ein Antrag v. Strombeck (Ztr.) angenommen, wonach die Tarife sofort mit der Verkündung im Zentralblatt des Deutschen Reiches verbindliche Kraft erhalten. Bei § 11 wird ein Antrag Hausmann v. Hannover (nl.) angenommen, der bestimmte Fahrwassererlösen auf den einzelnen Strecken der Weser und Aller vorsetzt.

Abg. Gothein (Wp.) beantragt, einige der folgenden Artikel (2a, 3 und 7) abzuändern. Für den Fall des Widerspruches kündigt er die Angewiesung der Beschlußfähigkeit an. Auf die Frage des Vizepräsidenten Schulz, ob er sich keine Aträge stellen will, die die Reichsgesetzgebung vorbehalten wolle, erwidert Gothein, er wünsche erweichungsmäßig die Gültigkeit der Schiffsanträge bei den dritten Lesungen.

Abg. Kretsch (kon.): Wir werden Herrn Gothein die Gelegenheit nicht abschneiden, seine Aträge zu begründen.

Abg. Gothein: Und das Zentrum? Das Zentrum schweigt. Ich bleibe bei meinem Antrag.

Vizepräsident Schulz: Ich nehme an, daß das Haus mit Ihrem Antrag auf Zurückstellung der Artikel einverstanden ist. (Zustimmung.)

Abg. Kretsch (kon.): Dann ziehe ich meine Zusage zurück. (Seiterteil: Zuruf rechts: Schade um die schöne Rede!)

Der Artikel IV enthält die Strafbestimmungen für Abgabehinterziehungen. Er bleibt unverändert, ebenso die Artikel V und VI.

Damit ist das Schiffsabgabenabgesetz bis auf die zurückgestellten Artikel in zweiter Lesung erledigt.

Es folgt die zweite Lesung der Roeske zur Abänderung der §§ 114a (Lohnbuch d. Rhm.) der Gewerbeordnung.

Nach § 114a kann der Bundesrat für bestimmte Gewerbe

Lohnbücher oder Arbeitszettel vorschreiben.

Abg. Stadthagen (Soz.): Alle unsere Bemühungen, etwas Besseres für die Arbeiter zu erreichen, waren vergeblich. Wir fanden einen steinernen Boden vor. Die ganze Kommissionsarbeit ist nichts wert!

Im § 114b hat die Kommission eingefügt, daß der Bundesrat bestimmen kann, daß die Lohnbücher in der Betriebsbesitznahme der Arbeiter, wenn die Arbeitgeber glaubhaft machen, daß die Beobachtung von Fabrikationsgeheimnissen diese Maßnahme erforderlich ist.

Abg. Albrecht (Soz.) beantragt, diese Bestimmung wieder zu streichen. Dem Arbeitgeber ist es ein Leichtes, in jedem Falle zu behaupten, daß Fabrikationsgeheimnisse auf dem Spiele stehen. Durch diese Bestimmung machen Sie die ganze Vorlage illusorisch und fügen den Arbeitern ein ungeheures Unrecht zu.

Abg. Overling (nl.): Wir halten diese Bestimmung für sehr wichtig. Sie ist von uns angeregt worden. Ohne sie ließen wertvolle Fabrikationsgeheimnisse in Gefahr, verloren zu werden. Die beteiligten Arbeiter müssen ja vor Erlass einer solchen Festsetzung erst gehört werden. Die Sozialdemokraten treiben es so weit, daß die Arbeiter schließlich nicht ohne Lohnbücher, aber ohne Lohnbuch gehen können. Meine Freunde sind diesmal einmüchtig für die Kommissionsfassung. (Seiterteil.)

Abg. Wollenhake (Soz.): Was ist denn ein Fabrikationsgeheimnis? Die Höhe des Lohnes? Der Zeitpunkt von Vorgezungen? Das ist bei den Arbeitern ohnehin alle bekannt. Die ganze Sache ist die: Die Arbeitgeber scheimen sich, öffentlich zu zeigen, daß sie Hungerlöhne zahlen.

Abg. Senning (kon.): Die ganze Vorlage legt dem Arbeitgeber strengere Verpflichtungen auf, darum ist es ganz berechtigt, ihm hier eine kleine Lizenz zu gewähren.

Abg. Dr. Pieper (Ztr.): Das Lohnbuch ist zugleich Abrechnungsbuch. Daher ist der Wunsch berechtigt, daß es nicht in die Öffentlichkeit gelangt. Wir haben auch keine Veranlassung, den freien Gewerkschaften Material zu Lohnstatistiken zu liefern.

Abg. Schmidt-Altenburg (Rp.) ist für die Kommissionsfassung. Aus einem Wache kann man kein Geheimnis erfahren, wohl aber, wenn man mehrere verschiedene Kategorien vergleicht.

Abg. Wollenhake (Soz.): Es besteht die große Gefahr, daß von den Unternehmern mit den Lohnbüchern Material abgetrieben werden kann. Das muß die Arbeiter mittrauen lassen.

Abg. Cuno (Wp.) erklärt sich für die Kommissionsfassung. Nicht die Arbeitgeber entscheiden darüber, ob die Arbeiter in der Fabrik bleiben können, sondern der Bundesrat.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt, § 114b bleibt unverändert.

§ 120 führt die statistische Verpflichtung zum Besch der Fortbildungsschule aus für die Zeit der Arbeitslosigkeit.

Grosse Damenbekleider Bündchen-Fasson 1.25 1.50 Kniefassen Gebr. Fackenheim, 1.50 1.70 Gr. Ulrichstr. 12.

Bei der betreffenden jugendlichen Arbeiter ein. Die Kommission hat dieser Bestimmung einen obligatorischen Charakter gegeben. Dr. Kolbe (Sp.) will die statistische Verpflichtung zum Fortbildungszweck durch eine zeitweilige Erleichterung dem Arbeitnehmer sein in dieser Richtung gestellten Antrag wieder zurück.
Hr. Cuno (Sp.) betont besonders die Notwendigkeit, dafür zu sorgen, daß die Großindustrie sich nicht mehr gegen die Fortbildungsschule sträubt.
§ 120 bleibt unverändert.
Auch der Rest der Vorlage wird unverständlich angenommen. Das Gesetz soll am 1. April 1912 in Kraft treten.
Das Haus vertagt sich Montag, den 27. November, 2 Uhr; Eisenbahnvorlage für Ostafrika, Hausarbeitsgesetz, Hilfskassengesetz. Schluß 6 Uhr.

Deutsches Reich.

Die „Norddeutsche“ wider das bayerische Zentrum.

In ihrem Wochenrückblick beschäftigt sich die offizielle „Nordd. Allg. Ztg.“ in bemerkenswerter Weise mit der parlamentarischen Kritik in Bayern. Es heißt in den Ausführungen: Mit großem Interesse ist der Verlauf der parlamentarischen Kritik in Bayern verfolgt worden, und ihr Wirksamkeit durch Ausführung des Landtages am 14. d. veranlaßt nunmehr eine besonders intensive Nachbetrachtung im größeren Teile Süddeutschlands. In der Presse wird hervorgerufen, daß seit Einführung der bayerischen Verfassung vor bald 100 Jahren die Verfassung nur dreimal außerordentlich geworden ist, zuletzt 1899. Auch hätten im jetzigen Falle gewiß mancherlei Erwägigungen gegen die Anwendung des Mittels gesprochen. Sofern die erwünschte Persönlichkeit des Prinzregenten Luitpold dabei in Frage kommen konnte, wurde jedes Bedenken alsbald beseitigt durch dessen Hand schreiben an das Ministerium, worin die Notwendigkeit, Staatsgeschäfte zu erledigen, einer etwaigen Schonung der Person des Regenten aus bestimmter vorangestellt wurde. Dieser Ausdruck fester Willensmeinung eines um das Wohl seines Landes hochbedingten Fürsten hat weit über Bayern hinaus den vorzüglichsten Eindruck gemacht. Wie sich dann gezeigt hat, war das Schicksal des ohne Aussicht auf ein Ergebnis tagenden Landtages im Zusammenhang damit befehleil.

Die Notwendigkeit zu diesem Vorgehen hat sich aus dem Verhalten der Zentrumsparthei in der Kammer ergeben. Im Behag der absoluten Mehrheit, meierte die Fraktion neuerdings ausdrücklich ihre Mitarbeit.

Und nun polemisiert das offizielle Blatt gegen die Darstellung der Vorgänge, wie sie die „Allg. Volksztg.“ gibt. Der Artikel schließt:
„Ob es möglich sein wird, die seit 1899 bestehende Mehrheit des Zentrums in der bayerischen Kammer bei den Neuwahlen, die binnen drei Monaten erfolgen müssen, entscheidend herabzubringen, begegnet selbst im liberalen Lager deutlichen Zweifeln. Am lieblich das Gleichgewicht der Mandate zu erzielen, hätten 17 Zentrumsmitglieder an Gegner zu fallen, aber es scheint, daß selbst ein in Vorbereitung befindlicher Großblock, auch wenn ihm gewisse Erfolge winken dürften, seine Hoffnungen nicht bis an das Ziel einer neuen Mehrheit zu erstrecken vermag.“

Seibehaltung des jetzigen Zollsystems.

Auf Grund von zuverlässigen Informationen wird uns berichtet:
„An den zuständigen Stellen werden die Vorbereitungen für die nächste Ausgestaltung der deutschen Zoll- und Handelspolitik eifrig gefördert. U. a. liegt es im Plane, für weitere Industriezweige produktionsstatistische Erhebungen zu veranstalten und damit der Regierung über die Veränderungen in diesen Branchen seit dem Jahr 1897 eingetretten sind, die nötige Uebersicht zu verschaffen. Es ist selbstverständlich, daß daneben allen in den Erwerbstreihen auftretenden Vorschlägen der zoll- und handelspolitischen Umgestaltung Aufmerksamkeit gewidmet wird. Einzelne dieser Vorschläge haben aber von vornherein Aussicht auf Verwirklichung nicht. Dazu zählt die Forderung der Aufhebung der Meistbegünstigungsklausel. Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern hat jüngst in seiner Aeußerung bei der Beratung über den neuen deutsch-japanischen Handelsvertrag im Reichstage einen Zweifel darüber nicht gelassen. Daß die Meistbegünstigungsklausel den deutschen Erwerbstreihen auch Schädigungen bringt, ist sicher, die Vorteile, die sie aber im Gefolge hat, sind größer als die Nachteile. Deshalb wird sie auch aufrecht erhalten werden. Mehrschick wird es voraussichtlich mit der ganzen

Struktur unseres Zolltarifs und seiner Teilung in den autonomen und den Vertragstarif der Fall sein. Die Vorschläge auf Schaffung eines Maximal- und eines Minimaltarifs, wie sie in Frankreich bestehen, sind ja nicht neu. Sie werden auch in letzter Zeit wiederholt. Sicherlich würde die Befolgung des französischen Beispiels das Deutsche Reich in die Lage setzen, sich den kommerziellen, technischen und wirtschaftspolitischen Veränderungen weit eher mit dem Zolltarif anzupassen, als dies jetzt der Fall ist. Aber es ist doch nicht außer acht zu lassen, daß wenn das Deutsche Reich zum System des Maximal- und Minimaltarifs übergehen würde, ihm die mittlereuropäischen Staaten, Desterreich-Ungarn, Schweiz usw. sofort folgen würden. Dann würde also die Mehrzahl der für die Handelsbeziehungen Deutschlands hauptsächlich in Betracht kommenden Staaten gleichfalls in der Lage sein, jederzeit ihre Zolltarife zu ändern. Das aber würde das Fundament der Handelsbeziehungen zwischen den einzelnen Staaten, die Stabilität der einmal festgelegten Verhältnisse, auf Grund deren eine für einen längeren Zeitraum zutreffende Kalkulation allein anzustellen ist, erschüttern und damit für die Geschäftswelt aller Kulturstaaten, darunter aber auch Deutschlands, die schwersten Nachteile hervorbringen. Man wird deshalb wohl jetzt sagen können, daß im großen Ganzen für die nächste Zoll- und Handelspolitik des Deutschen Reichs an dem jetzigen System wenig geändert werden wird.“

Drahtlose Haftbefehle.

In letzter Zeit sind Kapitäne des Norddeutschen Lloyd auf dem drahtlosen Telegraphie ausgerüsteten Dampfern von seinen verschiedenen Staatsanwaltschaften mehrfach ermahnt worden, auf Grund von vorliegenden Haftbefehlen Passagiere an Bord zu verhaften bzw. festzunehmen. Der Norddeutsche Lloyd steht auf dem Standpunkte, daß ein derartiges Ergehen rechtlich unzulässig ist, da den Kapitänen nur insoweit amtliche Befugnisse zuzuflehen, als ihnen diese im Rahmen der Seemannsordnung einräumt sind, und da die Kapitäne insbesondere nicht zu den Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft im Sinne des § 51 des Gerichtsverfassungsgesetzes gehören.

Um die Passagiere wie auch insbesondere die Kapitäne vor Unannehmlichkeiten in dieser Beziehung zu schützen, hat der Norddeutsche Lloyd, gestützt auf ein Gutachten des Professors des öffentlichen Rechts Dr. jur. Kurt Perles in Hamburg, seine Kapitäne angewiesen, derartige Ermahnungen der Staatsanwaltschaft oder sonstiger Behörden in Zukunft unberücksichtigt zu lassen, da eine gefehlische Verpflichtung zu derartigen Festnahmen nicht besteht und die Kapitäne sich daher durch die unbefugte Festnahme straf- und zivilrechtlich haftbar machen würden. Aus Anlaß dieser Weisung hat das Auswärtige Amt an den Senat der Freien Hansestadt Bremen ein Schreiben gerichtet, worin es den gegenwärtigen Standpunkt vertritt und mitteilt, daß es in Hebrereinstimmung mit dem Reichsjustizamt die Kapitäne deutscher Handelsschiffe aus allgemeinen Erwägungen heraus für befangen erachtet, auf Grund eines Haftbefehls auch eine nicht zur Schiffsmannschaft gehörige Person auf hoher See festzunehmen. Das Auswärtige Amt ermahnt zum Schluß den Senat, den Norddeutschen Lloyd wie auch die übrigen Bremer Schiffsgesellschaften in diesem Sinne zu benachrichtigen mit dem Anheimstellen, ihre Kapitäne mit entsprechender Weisung zu versehen.

Diesen Ausführungen des Auswärtigen Amtes, denen sich übrigens auch der Bremer Senat angeschlossen hat, glaubt der Norddeutsche Lloyd nicht beitreten zu können; er wird es daher vorläufig abblehnen, seine Kapitäne dementsprechend anzuweisen.

Das Ergebnis der Landtagswahlen in Hessen.

liegt jetzt vollständig vor: Demnach wird sich die neue Kammer, die 58 Abgeordnete gegen 50 der alten zählt, aus 16 Nationalliberalen, 16 Bauernbündlern, 9 Zentrum, 9 Fortschrittliche Volkspartei und 8 Sozialdemokraten zusammensetzen. Die Fortschrittliche Volkspartei gewinnt vier Sitze, die Sozialdemokraten drei, der Bauernbund zwei, das Zentrum einen Sitz; die Nationalliberalen verlieren zwei Sitze.

Heer und Flotte.

Generaladjutant von Deines †
General der Kavallerie S. D. Adolf von Deines, Generaladjutant des Kaisers, ist am Sonnabend im hiesigen Krankenhaus zu Frankfurt a. M., wo er sich einer Operation unterzogen hatte, gestorben. Er hat ein Alter von 66 Jahren erreicht.
Mit General von Deines ist einer der befähigtesten und bekanntesten alten Offiziere der preussischen Armee aus dem Leben geschieden, 1845 in Banau geboren, machte er als Reserveoffizier den Feldzug 1870/71 mit und trat dann in den aktiven Dienst des

Sommer Infanterieregiments über. Nun begann eine überaus schnelle und glänzende Laufbahn für Adolf von Deines, die ihn erst in den Generalstab und dann als Militärattaché nach Madrid und Wien führte. 1888 wurde Major von Deines Flügeladjutant des Kaisers, 1892 Oberst. Ein wie großes Vertrauen ihm der oberste Kriegsherr entgegenbrachte, geht daraus hervor, daß er im 1894 zum Obergouverneur der Pringen ernannt. Als solcher überwachte Deines die militärische und wissenschaftliche Erziehung des Kronprinzen und des Prinzen Eitel-Friedrich in Wien, 1896 wurde er zum Generalmajor, 1899 zum Generalleutnant befördert. Ein Jahr darauf erhielt er die 21. Division in Frankfurt a. M. Von 1902 bis 1908 kommandierte er das 8. Armeekorps. Zu dem Kaiser trat er durch die Ernennung zum Generaladjutant in noch nähere Beziehungen. 1910 wurde General von Deines, der auch nach seinem Abschied als Generaladjutant und a la suite der Kaiserfamilie geführt wurde, Ritter des Schwarzen Adlerordens.

Aus den Kolonien.

Der Diamantenausfuhrzoll in Südafrika.

Von kompetenter, mit den einschlägigen Verhältnissen vertrauter Seite geht der „Zitt. Ztg.“ folgende Auskunft zu:
„Die Besteuerung der Diamantproduktion in Südafrika ist einschlägig die Bergabgaben aufgebaut auf prozentuale Abgaben vom Erlös der geförderten Diamanten. Diese Besteuerungsart zieht die Kosten der Gewinnung nicht in Betracht. Die Kosten der arbeitenden Gesellschaften sind aber sehr verschieden, und in dem wege- und wasserlosen Gebirge sind die Unkosten für Arbeiterverpflegung enorm. Das zurzeit geltende Besteuerungssystem ist daher, wie die Südafrikaner mit Recht sagen, roh, und es ist auch von vornherein von allen Seiten als ungerecht anerkannt worden.“

Nun soll aber nach Ansicht der Diamantinteressenten der Zoll gar nicht heranzugelassen, sondern er soll „recediert“ werden, d. h. er soll zwar seinem Ertrage nach nicht sinken, sondern vielmehr eher steigen, nur soll er wirtschaftlich verteilt werden, bzw. durch eine Erhöhung der Produktion wettgemacht werden. Das ist ein verhängnisvolles Prinzip. Das aber wird vorge schlagen. An Stelle der Bruttozölle soll der Zins in Zukunft einen Anteil an dem Erlös erhalten, d. h. er soll der Kosten aus dem Ertrage in diesen Diamantgesellschaften werden, und man hat gedacht, daß 40 Proz. Nettobeteiligung eine dem Werte nach entsprechende „Veredelung“ wäre. Diese Art der Besteuerung unterliegt an sich sehr schweren Bedenken. Der beabsichtigte Zweck kann überdies durch sie nicht erreicht werden. Zwar besteht in Transvaal auf Grund des alten Diamantgesetzes eine Beteiligung der Regierung an den Diamantminen von 60 Proz. der Diwende. Die Resultate waren aber für die Regierung sehr schlecht, denn die faktische Einwirkung auf die Vorkommnisse hatte und teilweise Einwirkung auf den Betrieb, so ist ganz besonders vom budgetären Standpunkt die Lage sehr unerfreulich.
Nichtabgesehen verlangt die Frage eine Lösung. Diese kann gefunden werden durch zweifelhafte Vorschläge, die auf der Lohn einer möglichst intensiven Anwendung des Bruttozolls an die Gefährdungskosten liegen.“

Hot- und Personalnachrichten.

Die Unpäßlichkeit des Kaisers
ist nunmehr vollständig gehoben. Die Reise nach Baden-Baden, Donaueschingen und Eschheim wird daher Sonntag Abend von der Wildpartikation angetreten werden. In Baden-Baden gab Oberbürgermeister Piefer Sonnabend vormittag bekannt, daß der Kaiser nunmehr am Montag mittag zum Besuch der Großherzogin Luise dort eintreffen wird. Der Aufenthalt in Donaueschingen wird sich vom 20. bis zum 26. d. M. erstrecken.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.)
(Nachdruck verboten.)
20. November: Wolfig, teils heiter, Nebel, Nachfröhen.
21. November: Vielfach heiter, teils heiter, Nebel, Nachfröhen.
22. November: Teils heiter, teils bedeckt, leicht, windig, milde.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Reimann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Reimann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für den Inseratenteil: Albert Rühl. Druck und Verlag von Otto Fendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfasst 16 Seiten. —
(einschließlich „Verlosungsliste“).



ROTKÄPPCHEN

mit besten Champagne-Weinen hergestellter Sekt
KLOSS u. FOERSTER FREYBURG %.
Zu beziehen durch den Weinhandel.

Vertreter: Carl Wicht, Halle Saale, Fernsprecher 8436.

